

Gespräch mit Sumaya Farhat-Naser und Danny Wieler : Brücken bauen für den Frieden

Autor(en): **Farhat-Naser, Sumaya / Wieler, Danny**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **93 (1999)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-144181>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Doch dies genügt nicht. Es braucht ein immer wieder neu beginnendes, über die Sprache und den Austausch sich konstituierendes Handeln, es braucht immer wieder den Rekurs auf die «Natalität», auf das *Prinzip der Freiheit*, trotz aller Bedingtheiten, auf die Voraussetzung der Möglichkeit zum Neuanfang. Dabei liegt grösste Freiheit, nach Hannah Arendt, bei den *Opfern* des vorausgegangenen zerstörerischen, schuldhaften Handelns, da allein die Opfer verzeihen können und dadurch einen Neuanfang möglich machen, für sich selber und für die Täter (oder Täterinnen).

Als Hannah Arendt am 4. Dezember 1975 in New York an einem Herzversagen starb, da war uns, die wir in ihren Fussstapfen weiterarbeiteten, als sei sie für unsere Zeit ein wichtiges Vorbild gewesen in der so schwierigen Verbindung von eigenständigem, selbstbejahendem Weg und einer ganz klaren Zustimmung zur jüdischen

Herkunft, zum Judentum, einer Zustimmung, die gerade wegen ihrer Klarheit das kritische Auge zuliess.

So bin ich nun am Schluss meiner Überlegungen zur jüdischen Frau angelangt, obwohl diese Überlegungen noch lange weitergeführt werden könnten, wenn die Vielfalt des gelebten Lebens wirklich aufgearbeitet, verglichen und erzählt werden sollte. Denn mit dem *Erzählen* schaffen wir zugleich wieder das, was mit *Tradition* gemeint ist: Wir geben weiter und bringen das Vergangene im Augenblick des gemeinsamen Daseins und Handelns, des Sprechens und Zuhörens, mit dem in der Zukunft erst Möglichen zusammen.

1 «Die Kerle wollen glücklich sein», wie Franz Rosenzweig Hermann Cohen gegenüber äusserte.

2 Alice Rühle-Gerstel. *Die Frau und der Kapitalismus. Eine psychologische Bilanz.* Verlag Neue Kritik, Frankfurt a.M. 1972 (Nachdruck der Erstausgabe von 1932).

3 Alice Rühle-Gerstel, a.a.O.

4 Alice Rühle-Gerstel, a.a.O.

Gespräch mit Sumaya Farhat-Naser und Danny Wieler

Brücken bauen für den Frieden

Im vergangenen Monat sind sich die Palästinenserin Sumaya Farhat-Naser und der Israeli Danny Wieler an einer Reihe von Veranstaltungen in der Schweiz vor einem zahlreichen, engagiert mitdenkenden Publikum begegnet. Unter dem Titel «Brücken bauen für den Frieden» stand auch der Gesprächsabend vom 8. Juni 1999 in der Jüdischen Liberalen Gemeinde Zürich, der von Willy Spieler moderiert wurde. Die Leserinnen und Leser der Neuen Wege kennen Sumaya Farhat-Naser als frühere Dozentin für Biologie an der Universität Birzeit (West Bank) und als Friedensfrau. Heute leistet sie ihre aussergewöhnliche Friedensarbeit im «Jerusalem Center for Women». Danny Wieler haben wir im Januarheft 1997 als Leiter des Begegnungszentrums Givat Haviva vorgestellt. Das Zentrum ist bekannt für sein interkulturelles Programm mit jüdischen und arabischen Kindern. Der Redaktor der Neuen Wege hat das Gespräch transkribiert und in der Wiedergabe redaktionell bearbeitet und gekürzt.

Red.

Das Bedürfnis nach Grenzen

Willy Spieler: *Ich freue mich, dass ich dieses Gespräch «moderieren» darf. «Mode-*

rieren» heisst eigentlich «mässigend einwirken». Ich habe jedoch nicht den Eindruck, dass diese «Mässigung» notwendig sein wird. Sumaya Farhat-Naser und

Danny Wieler sind ein so hervorragend eingespieltes Team, dass sie ihre Rollen gut und gerne vertauschen könnten.

Ich freue mich aber auch, dass ich als religiöser Sozialist diese Aufgabe übernehmen darf. Der Religiöse Sozialismus hatte und hat ja nicht nur eine christliche, sondern auch eine jüdische Tradition und Identität. Martin Buber war der grosse Freund von Leonhard Ragaz, dem theologischen Wegbereiter des Religiösen Sozialismus und Pionier der christlich-jüdischen Ökumene in der Schweiz. Auf eine eigentliche Brückenfunktion des Religiösen Sozialismus zwischen Judentum und Christentum hat der kürzlich verstorbene Schalom Ben-Chorin hingewiesen, da das Reich Gottes nur vom Ersten Testament her in seiner Diesseitigkeit und politischen Relevanz verstanden werden kann. Ragaz war aber nicht nur der Pionier der jüdisch-christlichen Ökumene, bis zu seinem Tod 1945 hat er in den Neuen Wegen auch das Ringen Israels um eine eigene politische Identität kommentiert. Er meinte noch im letzten Monat vor seinem Tod: «Den Arabern wird und darf dabei kein Unrecht geschehen.»

Inzwischen ist der Staat Israel 51 Jahre alt geworden. Aber noch immer gibt es keinen Frieden mit Palästina. Die Gründe für den lahmen Friedensprozess sind vielfältig. Gewiss ist nur, dass dieser Friedensprozess um einiges einfacher wäre, wenn alle so dächten und handelten wie Sumaya Farhat-Naser und Danny Wieler, die ich zu diesem Gespräch herzlich begrüsse.

Sumaja und Danny, Ihr bestreitet zusammen zwölf Veranstaltungen in der Schweiz, die unter dem Titel stehen: «Brücken bauen für den Frieden». Darum frage ich Euch: Mit welcher Botschaft seid Ihr zu uns gekommen? Gibt es Grund zu neuer Hoffnung für den Friedensprozess seit den vergangenen Wahlen in Israel? Das Motto des neuen Ministerpräsidenten Barak lautet: «Gute Zäune machen gute Nachbarn.» Ihr sprecht nicht von Zäunen, sondern von Brücken. Was ist besser, gute Zäune oder tragfähige Brücken?

Sumaya Farhat Naser: Ich bedanke mich

herzlich für die Einladung zu diesem Treffen. Gerade als Palästinenserin finde ich eine solche Begegnung grossartig. Ich kann darüber auch meinen Leuten erzählen. Ihre Anwesenheit ist eine *grosse Ermunterung*, die uns bestätigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Ja, wir wollen Brücken bauen. Denn wir lieben unser gemeinsames Land Israel und Palästina. Aber als palästinensische Menschen wollen wir vor allem uns selbst sein. Und auch die Israelis sollen vor allem sich selbst sein. *Friede* bedeutet nicht sich auflösen, auf Rechte oder auf Zugehörigkeit verzichten. *Friede* bedeutet sich selbst verwirklichen und seine Identität bewahren. *Friede* entsteht, indem wir aus unserer Verschiedenheit lernen. Dieses Sich-Kennenlernen war über viele Jahre verboten. Deshalb freuen wir uns, dass die Menschen an der Basis sich endlich wieder in die Augen schauen können.

Wir sind in die Schweiz gekommen, weil wir eine *Botschaft* haben. Wir wollen Ihnen sagen: Uns gibt es! Nehmt uns wahr! Es gibt das *andere Israel* und das *andere Palästina*. Wer nur über die radikalen Kräfte spricht, gibt ihnen zuviel Gewicht und macht unsere Arbeit kaputt. Die Fronten sind heute in Israel und in Palästina ganz anders gelagert. Es gibt nicht nur die Front jener Israeli und Palästinenser, die sich unversöhnlich gegenüberstehen. Es gibt auch eine gemeinsame Front des Miteinander auf beiden Seiten. Zunächst muss vielleicht das Nebeneinander geübt werden. Aber das Miteinander ist besser. Es geht um eine Front derjenigen, die mit den anderen zusammenleben wollen, gegen eine Front derjenigen, die die andern ausschliessen wollen.

Friedensarbeit war noch nie so schwer wie heute. Die letzten drei, vier Jahre in Israel haben viel Hoffnung kaputtgemacht. Wir bekamen den Eindruck, in der Politik gebe es keine Moral und keine Ethik. Wer die Macht hat, diktiert. Demgegenüber möchten wir die Menschen auf den Frieden vorbereiten. Es genügt nicht, dass Politiker Verträge unterschreiben. Der *Friede* muss gemeinsam aufgebaut und gemeinsam geschützt werden.

Ich verstehe Herrn Barak, wenn er von Zäunen spricht. Beide Völker haben ein Bedürfnis nach Grenzen, weil sich zu viele *reale Ängste* gegenseitig aufgebaut haben. Es gibt das Bedürfnis, für sich allein zu sein, sich geborgen zu fühlen, zu sich selbst zu kommen. Grenzen bedeuten für uns, selbständig zu sein, frei zu sein, sicher zu sein. Gewiss, eine sichere Grenze ist nur die erste Stufe. Nachher geht es zu den Brücken, indem man Wege findet, die es erlauben, aufeinander zuzugehen und miteinander zu arbeiten.

Vor den Brücken braucht es die Zäune

Danny Wieler: Der heutige Abend ist für mich ein Höhepunkt in dieser nicht ganz einfachen Arbeitswoche; denn in der *Jüdischen Liberalen Gemeinde* fühle ich mich zu Hause. Hier wird die gemeinsame Botschaft von Sumaya und mir wohl auch am besten aufgenommen.

Willy Spieler hat gesagt, wir könnten die Rollen vertauschen. Es ist wirklich so. Wenn Sie eine kontroverse politische Diskussion erwarten, wie sie zwischen Palästinensern und Israeli üblich ist, dann muss ich Sie leider enttäuschen. Wir stimmen in so vielen Punkte überein, dass wir uns schon morgen über einen Friedensvertrag einigen könnten, wenn wir dafür zuständig wären. Das ist denn auch der Sinn unserer *Botschaft*: Wir wollen zeigen, dass es auf beiden Seiten Leute gibt, die all die riesigen Probleme in diesem Friedensprozess überwinden könnten. Vielleicht sind wir naiv. Aber ich glaube auch, dass ein Friedensprozess eine gewisse Naivität braucht, um über die ideologischen Blockierungen hinwegzukommen. Mit allen Wassern gewaschene, kalte Politiker können keinen Frieden herbeiführen. In der Erziehung, in der wir tätig sind, kann man ohne eine gewisse Naivität ohnehin keine Friedensarbeit leisten.

Willy, Du hast von Zäunen und Brücken gesprochen. Vor den Brücken braucht es, so meine ich, die Zäune, damit ein *palästinensischer Staat* entstehen kann. Damit die Palästinenser und Palästinenserinnen uns Israeli auf gleicher Ebene begegnen kön-

nen, müssen sie zunächst einmal ihre Identität als Volk in einem Staate finden. Darum ist das Prinzip von zwei Staaten heute die richtige Lösung. Es kommt darauf an, was für Zäune errichtet werden. Wenn die Zäune mit Elektrodraht und Panzersperren versehen sind, dann bin ich nicht einverstanden. Wenn aber die Zäune uns verbinden und nicht dazu führen, dass wir in zwei feindlichen Staaten leben, dann sehe ich einen Sinn in diesem Wort, das übrigens nicht Barak erfunden hat, sondern das meines Wissens von Churchill stammt. Gleichzeitig arbeiten Sumaya und ich im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten dafür, dass Brücken entstehen. Am Ende dieses Prozesses sind die Zäune vielleicht gar nicht mehr nötig und wir können dann zusammen in einem einzigen Staat leben. Aber das ist wohl eine Vision für die kommenden Generationen.

Ich glaube, dass mit *Barak* ein neuer Ministerpräsident kommt, der uns eine gewisse Hoffnung gibt. Sumaya und ich haben wegen seiner Wahl zwar nicht schon die Champagnerflasche aus dem Keller geholt. Wir sind erfreut, dass wir Bibi Netanjahu abgewählt haben. Ich auf jeden Fall habe ihn nicht gewählt. Sumaya konnte leider nicht wählen, sonst hätte sie's auch gemacht.

Palästina besteht aus Gefängnissen und Käfigen

Willy Spieler: *Damit sind wir schon bei meiner nächsten Frage. Wir wissen, wer Netanjahu war, aber wir wissen noch nicht so genau, wer Barak ist. Barak scheint einen palästinensischen Staat nicht abzulehnen. Ostjerusalem als palästinensische Hauptstadt ist für ihn aber kein Thema. Er versprach im Wahlkampf, die jüdischen Siedlungen im besetzten Westjordanland beizubehalten, auch wenn «kein Bedarf nach neuen» bestehe. Genügt das? Genügt das dem palästinensischen Volk?*

Sumaya Farhat-Naser: Wir haben die Änderung des israelischen Regierungskurses mit Erleichterung aufgenommen. Es ist

aber zu früh, um uns schon zu freuen. Einiges, was Barak als seine «*Vier Linien*» angekündigt hat, erschreckt uns. Zu diesen vier Linien gehören: 1. Jerusalem gehört für immer und ewig zu Israel. 2. Es werden keine neuen Siedlungen gegründet, was auch gar nicht nötig ist, da das ganze Gebiet bereits aus einem Fleckenteppich von 160 Siedlungen besteht. 3. Es gibt kein Zurück zu den Grenzen von 1967. Einverstanden bin ich mit Punkt 4, dass kein Militär sich in der West Bank aufhalten darf.

Barak gehört zwar zur *Arbeiterpartei*, die den Friedensprozess herbeigeführt hat. Das macht uns Hoffnung. Wir wissen aber auch um seine Annäherung an den *Likud* in den letzten Jahren. Er dürfte sich also mehr an die Politik der alten Regierung anpassen, als dass er das Osloer Abkommen umsetzen würde. Er ist froh, dass Netanjahu ihm die grösste Dreckarbeit abgenommen hat. Wir kennen seine schlimmen Seiten. Wir wissen, dass er zwei Mordkommandos mitzuverantworten hat. Auf diese Weise ergibt sich natürlich bald einmal ein Feindbild. Wichtig ist, dass Danny uns sagen kann, was Baraks gute Seiten sind.

Die *Siedlungen* in den besetzten Gebieten wirken sich so aus, dass wir in vier voneinander getrennten *Gefängnissen* leben, nämlich in Nordwest Bank, Südwest Bank, Jerusalem und Gaza. Sie werden kontrolliert von israelischen Streitkräften. Man kann ohne Genehmigung durch die Besatzungsmacht nicht einmal von einem Gefängnis zum andern gehen. Damit nicht genug, sind diese grossen Gefängnisse voll von kleineren Gefängnissen, und in diesen gibt es zahllose Käfige. Überall sind Sperren, die uns keine Bewegungsfreiheit lassen. Ohne ein zusammenhängendes Territorium aber kann nie ein palästinensischer Staat entstehen.

Warum müssen die Siedlungen ausgerechnet zwischen unseren Dörfern liegen, wo sie uns voneinander trennen? Darüber müssen wir reden. Versetzt Euch in unsere Lage! Würdet Ihr es gut finden, wenn das mit Euch passierte? Das Problem kann gelöst werden, wenn dazu der Wille vorhanden ist. Wenn man keine Lösung will, sagt

man, sie sei «utopisch». Genauso verhält es sich mit *Jerusalem*. Wenn man sagt, Jerusalem gehört uns allein für immer und ewig, dann ist das eine Kriegserklärung. Die Stadt ist heute geteilt wie noch nie, mit Tausenden von Mauern. Niemand fühlt sich mehr wohl in Jerusalem.

Auch Barak will die Siedlungen erweitern. Aber das geht auf unsere Kosten. Unsere Dörfer durften seit 30 Jahren um keinen Zentimeter wachsen. Das geht nicht. 3,2 Millionen Palästinenserinnen und Palästinenser leben in der West Bank und in Gaza. Auch wir brauchen *Raum für unser Volk*.

Es muss einen *lebensfähigen Staat* geben. Nicht einen Staat pro forma. Was nützt es, wenn Arafat als Präsident gefeiert wird, derweil er nicht einmal den Gaza-Streifen verlassen darf ohne die Genehmigung von seiten der Militärs. Auch unsere Minister und Abgeordneten benötigen eine solche Bewilligung, wenn sie von Gaza nach Ramallah gehen wollen, um an einer Sitzung der Regierung oder des Parlaments teilzunehmen. Das ist unwürdig, das ist keine Partnerschaft.

Generäle für den Frieden

Willy Spieler: Ich frage auch Danny Wieler, ob die Siedlungspolitik unter Netanjahu einen palästinensischen Staat nicht illusorisch gemacht hat? Von einem «Modell Schweizerkäse» sprach Sumaya schon in einem NW-Gespräch mit Rosmarie Kurz. Wobei die Löcher die palästinensischen Orte sind, und, was darum herum liegt, unter israelischer Kontrolle steht. «Den Palästinensern geht das Land aus», titelte kürzlich auch die NZZ (22.4.99). Die NZZ meint in einem weiteren Artikel vom 30.4.99, gerade deshalb habe die Forderung nach einem gemeinsamen Staat für Juden und Araber neue Aktualität. Zunächst aber möchte ich Danny noch um seine Einschätzung einer Regierung Barak bitten.

Danny Wieler: Da die neue Regierung noch nicht einmal gebildet ist, kann ich auf

eine positive Entwicklung nur hoffen. Die israelische Geschichte der letzten zwanzig Jahre zeigt allerdings, dass die ausschlaggebenden Kräfte für den Frieden noch stets *Generäle* gewesen sind. Können Sie sich erinnern, wie der Frieden mit Ägypten zustande gekommen ist? Derselbe General *Dajan*, der einmal gesagt hat: Lieber einen halben Sinai mit Sharm El-Sheikh ohne Frieden als einen Frieden ohne Sharm El-Sheikh, hat 1977 eine Kehrtwendung um 180 Grad vollzogen. Und dies gemeinsam mit einem sehr prominenten Falken, der heute unser Staatspräsident ist, *Ezer Weizmann*. Beide waren überzeugt, dass sie einen Frieden mit Sadat abschliessen mussten. Dasselbe ist mit *Rabin* passiert. Obschon General und Falke, wusste er um seine Verantwortung für den Frieden. Das israelische Volk traut den Generälen viel mehr als den Politikern einen Frieden in Sicherheit zu. Darum glaube ich, dass auch mit Barak etwas Ähnliches zu erwarten ist wie bei *Dajan*, *Weizmann* und *Rabin*.

Die *Siedlungen* sind ganz bestimmt eines der schwierigsten Probleme, die wir zu lösen haben. Für mich ist klar, dass die Siedlungen in ihrer heutigen Struktur einen lebensfähigen palästinensischen Staat verunmöglichen würden. Wir sind auch überzeugt, dass die israelischen Bewohnerinnen und Bewohner der West Bank zu einem beträchtlichen Teil die Siedlungen räumen würden, wenn sie eine Kompensation bekämen. Wie viele das sein werden, hängt davon ab, was für ein Friedensabkommen abgeschlossen werden kann und wie gross die Zustimmung in Israel sein wird. Auch die Siedlungen in der Sinai-Wüste wurden geräumt, obschon es damals hiess, die Siedler würden das nie zulassen.

Zu *Jerusalem* sage ich meine persönliche Meinung, von der ich weiss, dass nicht allzu viele Israeli Freude daran haben. Ich habe bis heute nicht ein einziges vernünftiges Argument gehört, warum Jerusalem «auf ewig unser» sein müsste. Die Argumentation, die ich höre, ist sentimental und mythologisch. Warum sollen wir diese Stadt nicht mit den Palästinensern teilen? Vielleicht würde so etwas die Stadt sogar

einigen. Die Stadt ist ja nicht nur geteilt zwischen Palästinensern und Israelis, sondern auch zwischen orthodoxen Juden und säkularen Juden, zwischen Armen und Reichen. Warum vertrete ich diese Meinung? Vielleicht weil ich aus der *Schweiz* komme, vielleicht weil ich im *Kibbuz* gelernt habe, alles zu teilen und nicht auf den eigenen Besitz zu pochen.

Zwei Staaten oder ein Staat Israel-Palästina?

Willy Spieler: Offen ist für mich die Frage, ob nicht letztlich doch ein einziger Staat Israel/Palästina der Zwei-Staaten-Lösung vorzuziehen wäre.

Sumaya Farhat-Naser: Wir meinen noch immer, unser *Nationalismus* sei unglaublich wichtig, um unsere Existenz zu sichern. Die andern, die einen Staat haben, können sich leichter vom Nationalismus lösen. Noch brauchen wir einen eigenen Staat, damit wir uns anerkannt fühlen können. Es darf nicht sein, dass wir nur als vorübergehend hier Wohnende gelten. Nur der eigene Staat macht uns zu Bürgerinnen und Bürgern. Der Staat ist ein Ort, wo wir Heimat und Geborgenheit finden, wo wir zu unseren Familien zurückkehren können.

Der eigene Staat ist aber nur ein *erster Schritt*. Wir werden sehen, dass wir allein nicht leben können. Hier sind zwei Völker, die sehr stark miteinander verflochten sind. Es gibt in diesem kleinen Land weniger als fünf Millionen Israeli und mehr als vier Millionen Palästinenser. Keine Seite kann und darf die andere beiseite schieben. Wir brauchen einander. Das Überleben der einen Seite hängt vom Überleben der anderen Seite ab. Jeden Lebensbereich müssen wir miteinander verwalten, gestalten und entwickeln. Wasser, Umwelt, Wirtschaft, aber auch Sicherheit ist wichtig. Die zwei Staaten sind eine Vorstufe, um zur Einsicht zu kommen, dass wir uns in Richtung *Konföderation* bewegen müssen. Daraus könnte dann vielleicht eines Tages ein Staat «Palästina-Israel» oder «Israel-Palästina» hervorgehen.

Friedensarbeit im «Jerusalem Center for Women»

Willy Spieler: *Meine letzte Frage gilt Eurem konkreten Beitrag zum Friedensprozess. Es wäre ja wirklich schön, wenn die nächsten Friedensverhandlungen nach Eurem Beispiel geführt würden. Aber die Politik ist noch nicht so weit. Der Friedensprozess muss von unten wachsen, er muss aus der Zivilgesellschaft hervorgehen. Wenn Leute wie Ihr für den Frieden arbeiten, dann sollte das die Politik etwas unter Druck setzen oder, positiv gesagt, ihr etwas Mut machen. Sumaya hat schon 1993 in den Neuen Wegen betont: «Die Menschen Palästinas müssen selber Teil des Friedensprozesses sein.» Es ging damals um die Bildung von politischen Frauenkadern. Was hat sich seither getan?*

Sumaya Farhat-Naser: Ich leite heute das «Jerusalem Center for Women», ein Frauenzentrum, das am Hauptcheckpoint zwischen Ramallah und Jerusalem liegt. Für israelische Frauen haben wir noch ein anderes Zentrum in Westjerusalem. Es heisst «Bat Schalom». Zusammen nennen wir uns «Jerusalem Link». Entstanden sind diese Zentren aus vielen Gesprächen mit israelischen und palästinensischen Frauen, die gemeinsame politische Arbeit leisten wollten. Solche Gespräche waren früher verboten. Männer wie Uri Avneri kamen deswegen ins Gefängnis. Aber wenn Frauen sich trafen, wollten das die Behörden nicht wahrhaben. Das war für uns die Herausforderung, dort an die Front zu gehen, wo Männer es nicht wagen durften.

Auf der obersten Ebene haben wir ein Kuratorium für jedes Zentrum. Die Kuratorien setzen sich aus Frauen zusammen, die in ihren politischen Parteien hohe Positionen innehaben. Was an der Basis diskutiert wird, geht über diese Frauen in die Knesset oder ins palästinensische Parlament. Wir veröffentlichen gemeinsame politische Stellungnahmen, wenn ein Terrorakt sich ereignet oder wenn palästinensische Häuser in die Luft gesprengt werden. 600 waren es in den letzten beiden Jahren. Die

Begründung lautet jeweils «illegal gebaut». Man erteilt der palästinensischen Seite keine Baubewilligungen, obschon 2000 Gesuche vorliegen.

Die zweite Ebene gilt der Erziehungsarbeit. Wir haben wie noch nie zu kämpfen. Wir stossen auf Konfrontation, auf Rückständigkeit und auf Rückschläge. Machen Sie aus 30 Jahren Revolution und Besatzung eine zivile Gesellschaft! Unsere politische Führung besteht aus denselben Kadern wie vor 40 Jahren, aus Militärleuten, Partisanen, Revolutionären. Nachdem sie ins Land zurückkommen durften, werden sie nun gefeiert als die grossen Peacemaker. Aber in erster Linie sind sie Helden. Sie wissen sehr wenig darüber, wie man eine Zivilgesellschaft aufbaut.

Die Menschen, die unter der Besatzung lebten, haben einen wichtigen Prozess Richtung Demokratie mitgemacht. Sie haben eine besondere Sensibilität für Menschenrechte und Menschenwürde entwickelt, gerade weil diese tagtäglich verletzt wurden. Hinzu kommt, dass *Israel nebenan* ist. Und Israel ist ein Rechtsstaat, ein liberaler Staat, ein phantastischer Staat für die jüdischen Menschen. Dahin möchten wir auch kommen. Bei uns herrscht noch ein militärisches System, in dem unsere Rechte ganz legal gebrochen und verletzt werden. Auch unter der PNA (Palestinian National Authority) geht die Verletzung der Menschenrechte weiter und breitet die Korruption sich aus. Es gibt ein Geheimdienstsystem und etwa zwölf Polizeiapparate. Für höhere Ämter sind Loyalitäten massgebend und nicht Qualifikationen. Arafat kennt nur seine Kameraden aus der Revolution. Die Zeit von drei oder fünf Jahren ist für uns zu kurz, um befriedigende Ergebnisse zu erreichen, erst recht, wenn die politische Situation unsere Entwicklung behindert. Doch langsam ändert sich unsere Lage in einem positiven Sinne.

Als «Jerusalem Center for Women» beteiligen wir uns an einem Schattenparlament, organisiert vom Women Legal Aid Center, um den Gesetzgebungsprozess zu beeinflussen. Einige unserer alternativen Gesetze haben wir im Parlament sogar

durchgebracht. Wir wollen endlich zivile Gesetze und nicht mehr Zwangsmassnahmen, die im Interesse der Besatzer erlassen wurden. In unserem Parlament sind gute Leute, die bereits 34 Gesetze ausgearbeitet haben. Aber Arafat hat nur 16 unterschrieben. Vor allem das Grundgesetz will er nicht unterschreiben. Wie zwingt man so einen Präsidenten zur Unterschrift? Würde er unterschreiben, so hiesse das Trennung der Gewalten. Und warum soll er so einfach seine Macht abgeben?

Arafat sagt, es sei noch zu früh. Er hat Angst, dass alles ausser Kontrolle gerät. Und ich muss sagen, ich habe Respekt vor seiner Entscheidung. Ich glaube, er hat wirklich recht. Was nützt die Trennung der Gewalten, wenn das qualifizierte Personal fehlt? Was nützt die Demokratie, wenn der Friedensprozess keine Fortschritte macht und darum nur die *Fundamentalisten* gewinnen würden? Deshalb leben wir lieber in dieser schwierigen Situation, als dass wir uns in ein grösseres Übel stürzten. Deshalb wollen wir hoffen, dass Arafat erst einmal kräftig an der Macht bleibt.

Eine andere Arbeit, die wir mit «Bat Schalom» machen, gilt der Frage nach der *Zukunft Jerusalems*. Jerusalem gehört beiden Völkern. Deshalb haben wir im letzten Jahr das Projekt «Sharing Jerusalem – two capitals for two states» entwickelt. Wir organisieren Kunstausstellungen, Festivals, Podiumsdiskussionen und Demonstrationen. In Stadttouren schauen wir gemeinsam die Stadt an und lernen voneinander. Mit dem Programm «Jerusalem kennen lernen und lieben lernen» bringen wir Kinder und Jugendliche nach Jerusalem. Die 2,5 Millionen Palästinenser, die in Palästina leben, dürfen nicht nach Jerusalem. Die Mehrheit unserer Jugend war noch nie in Jerusalem. Wie soll man dem andern Rechte auf Jerusalem gönnen, wenn die eigenen Rechte auf Jerusalem nicht respektiert werden? Die Besichtigung Jerusalems zeigt, dass es schwerfällt zu sagen: Diese Stadt gehört mir allein. Denn sie ist multikulturell, multireligiös, ein ganzes Mosaik. Wir gehen auch zusammen in eine Kirche, wo die Christen beten und die Moslems voller

Respekt zusehen. Dann gehen wir in eine Moschee, wo die Moslems beten und die Christen voller Respekt zusehen. Die Leiterin von «Bat Schalom» nimmt uns mit zur Klagemauer und erklärt, was das jüdische Erbe ihr bedeutet. Das ist eine Erziehung zum Dialog und zum wechselseitigen Respekt.

«Children teaching children» in Givat Haviva

Willy Spieler: Jetzt möchten wir auch von Danny Wieler hören, welches der Stand seiner Friedensarbeit ist. Wir kennen Danny als Leiter des Begegnungszentrums Givat Haviva. Besondere Beachtung findet hier das Programm «Children teaching Children» (Kinder lehren Kinder). Darum stelle ich auch die besorgte Frage, ob Eure jüdisch-arabische Verständigungsarbeit die Durstrecke der Netanjahu-Jahre schadlos überstanden hat.

Danny Wieler: Das Programm «Children teaching children» stellt sich die Aufgabe, *Kinder aus jüdischen und arabischen Schulen* zusammenzubringen. Es dauert zwei Jahre und ist in den Unterricht von der 5. bis zur 9. Schulklasse integriert. Die Kinder treffen sich alle 14 Tage, das eine Mal in der jüdischen, das andere Mal in der arabischen Schule. Dazwischen werden die letzten Begegnungen verarbeitet und die nächsten vorbereitet. Wichtig für das Gelingen ist die lange Vorbereitungsphase von einem halben Jahr, damit sich die Vorurteile und Ängste nicht noch verstärken.

Viel passiert hier mit *Zeichnungen*. Kleine Gruppen sitzen um ein grosses Blatt Papier. Mit ihren Buntstiften dürfen die Kinder das Blatt füllen. So malt zunächst jedes Kind gerade mal dort, wo es sitzt. Wichtig jedoch ist, was in der Mitte des Blattes passiert. Da gibt es alle Varianten, die man sich nur denken kann. Es gibt die *Friedenszeichnungen*: Sie kann aus einer Friedenstaube bestehen oder aus einem Ölzweig, der die Flaggen Palästinas und Israels miteinander verbindet. Es gibt aber auch die *Kriegszeichnungen*: Ein Kind

malt in der Mitte, ein anderes Kind kritzelt absichtlich oder zufällig darüber. Am Schluss ist das ganze Blatt vollgekritzelt.

Die Blätter werden an die Wände geheftet und diskutiert. Die Lehrerin moderiert die Diskussion. Die Kritzelei steht als Beispiel für den *Kern des Konflikts*. Wo sind die Grenzen? Was passiert in einem Gebiet der Mitte? Wie können wir die Grenzen bestimmen, wenn wir nicht miteinander sprechen? Wie respektieren wir diese Grenzen? Die Lehrerin fragt die Kinder: Wie habt Ihr Euch dabei gefühlt, als Eure Zeichnungen überkritzelt wurden? Die Empfindungen lassen sich auf den Friedensprozess übertragen. Und so lehren die Kinder die Kinder.

Wichtig an der Begegnung ist die *Nacharbeit*, die wieder uninational in den einzelnen Klassen stattfindet. Hier darf jede Meinung frei geäußert werden, auch eine negative wie: «Die Begegnung hat mir nicht gefallen. Sie hat mich nicht überzeugt. Ich habe immer noch Angst.» So wird Vertrauen aufgebaut. Wir sehen nicht mehr nur Schwarz und Weiss, sondern auch die Grautöne.

Auf die Frage von Willy Spieler nach unserer Arbeit in den letzten Jahren darf ich antworten, dass es *keine Rückschritte* gab. Immer mehr Menschen in der israelischen Gesellschaft sind davon überzeugt, dass

man wenigstens mit den israelischen Palästinenserinnen und Palästinensern sprechen muss. Unsere Arbeit wird jedenfalls nicht als Fremdkörper in den Schulen angesehen. Es gibt auch keine Eltern, die wirklich dagegen sind; zumal das Erziehungsministerium das Programm unterstützt, sonst wäre es ja nicht Teil der Schule. Obwohl die Regierung Netanjahu das Budget für unser Programm empfindlich gekürzt hat, erreichen wir dieses Jahr sogar mehr Schulklassen als jemals zuvor. Wir verdanken diese Entwicklung einerseits den Schulen, die selber bereit sind, unsere Arbeit zu finanzieren, andererseits aber auch dem Freundeskreis «Givat Haviva» und vielen anderen Freundinnen und Freunden, die uns unterstützen.

Natürlich machen wir uns nichts vor. Wir wissen, dass *dieser Konflikt in unserer Generation* vielleicht gar *nicht gelöst* werden kann. Was wir unseren Kindern und Jugendlichen beibringen wollen, ist, wie man in und mit einem Konflikt lebt, ohne sich gegenseitig Gewalt anzutun. Wenn wir genügend Israeli mit dieser Botschaft erreichen können, dann machen wir eine gute Basisarbeit und dann gibt es sogar Grund zur Hoffnung, dass endlich auch die Politik begreift, dass es eine viel grössere Bereitschaft für eine friedliche Lösung in unserer Bevölkerung gibt, als viele annehmen.

Während die Reich-Gottes-Verkündigung der offiziellen Religionen sich oft als rhetorischer Leerlauf erwies, war in revolutionären Bewegungen, wie dem klassischen Sozialismus, ein ursprünglicher Reich-Gottes-Impuls wahrzunehmen. Leonhard Ragaz meinte zu Beginn unseres Jahrhunderts, dass bei den Sozialisten «Gott inkognito» anwesend sei. Das gilt auch für den frühen Zionismus, vor allem seine Pionierbewegung der Chaluzim, die in ihren Kwuzoth und Kibbuzim (Gemeinschaftssiedlungen) Reich-Gottes-Inseln schufen, ohne sich jemals solcher Ausdrücke zu bedienen. Die Gründer dieser Pioniersiedlungen im Lande Israel waren nicht religiöse Juden, aber unterschwellig wirkte in ihrem Werk Botschaft und Hoffnung des Reiches Gottes.

(Schalom Ben-Chorin, Dein Reich komme, Reich-Gottes-Erwartungen in jüdischer und in christlicher Sicht, in: NW 1982, S. 216f.)